

Axel Bernd Kunze

## Völkerrecht und Diplomatie

### Anfragen an einen migrationspolitischen Ratgeber

Fünf Jahre sind seit *Merkels* legendärem Satz „Wir schaffen das“ ins Land gezogen. Gelöst sind die Probleme von damals nicht, auch wenn Politiker gern von der Migrationskrise 2015/16 sprechen – so als sei diese längst beendet worden; mit europäischen Lösungen, versteht sich. Diese erwiesen sich erst vor kurzem als Chimäre. Europa hat das Problem nicht gelöst, sondern weggeschaut. Bis *Moria* brannte.

Doch *Gerald Knaus* hat nun endlich die Lösung für die europäische Migrationsfrage gefunden – jedenfalls dann, wenn man dem vollmundigen Klappentext seines Buches Glauben schenken will: „Der Migrationsexperte erläutert, welche Grundsatzprobleme wir lösen müßten und wie aus abstrakten Problemen mehrheitsfähige umsetzbare Maßnahmen werden.“ Experten tummeln sich zuhauf in Talkshows und Nachrichtensendungen. In diesem Fall ist es der so Geadelte Gründungsdirektor der Denkfabrik „European Stability Initiative“ sowie Gründungsmitglied des „European Council on Foreign Relations“. Prüfen wir seine Antworten.

**Gerald Knaus: Welche Grenzen brauchen wir? Zwischen Empathie und Angst – Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl, München: Piper 2020, 336 S.**

„Die demographische Entwicklung Afrikas und die Effekte des Klimawandels erhöhen den Migrationsdruck“. „Seenotretter verursachen einen Pull-Effekt.“ „Die deutsche Grenzöffnung war vermeidbar.“ Es sind zehn „Behauptungen“ dieser Art, mit denen *Knaus* sein Buch eröffnet und die er gleich zu Beginn seines Bandes als unzutreffend verwirft.

Ein Autor stellt Hypothesen auf und prüft diese im weiteren Verlauf seines Gedankengangs. Argumentativ begründet, werden sie verifiziert oder falsifiziert. Darauf aufbauend, formuliert der Autor am Ende eine eigene Handlungsoption. Dies wäre zumindest ein klassisches Vorgehen. Doch der studierte Philosoph und Politikwissenschaftler weiß bereits am Anfang, was am Ende rauskommen soll. Man könnte auch von „Vor-Urteilen“ im wörtlichen Sinne sprechen.

Und so stellt sich bereits zu Beginn Mißstimmung beim Leser ein. Man fühlt sich mißbraucht für eine Debatte, die nicht fair und unvoreingenommen geführt wird. Dem Leser bleiben zwei Rollen – und er kann sich überlegen, welche davon er sich anziehen will: Entweder teilt er des Autors Empörung über derart haltlose Behauptungen, die vermeintlich allein affektgesteuert sein können – dann darf er sich kritisch und faktenorientiert dünken. Oder er leistet sich Zwei-

fel am vorschnellen Urteil des Autors – dann muß er sich das Verdikt gefallen lassen, ein Spiel mit Emotionen zu betreiben und moralischer Entrüstung zu huldigen.

Lassen wir uns dennoch auf das Spiel ein. Gelingt es *Gerald Knaus* in der Tat, die zehn Behauptungen zu widerlegen? Der Verfasser gibt selber die Maßlatte vor: „Für erfolgreiche Politik braucht es kritisches Denken, Fakten, Zahlen. Und eine klare Sprache, Konzepte und Begriffe, die uns helfen, Handlungsoptionen zu verstehen“ (S. 10).

*Gerald Knaus* nimmt den Leser auf eine Weltreise mit: Schweiz, Papua-Neuguinea, Australien, Nürnberg, Türkei, Nauru, Gambia, Marokko, Tunesien, Nigeria, Griechenland oder Kanada lauten einige der Stationen. Die Reisekarten sind in den Umschlaginnenseiten des Bandes zu finden. Historisch konkrete Erfahrungen von Grenzen, Flucht und Migration sollen Schicksale lebendig werden lassen und Lösungen aufzeigen.

(1.) Der Autor beginnt seine Reise 1938 an der deutsch-schweizerischen Grenze (S. 20: „Schauplatz unzähliger Tragödien von gescheiterten Fluchtversuchen verzweifelter deutscher Juden“), um dann unmittelbar einen Bogen zum Schengenabkommen zu schlagen, für *Knaus* eine „visionäre Grenzrevolution“. Der Leser fragt sich, was beides miteinander zu tun hat: Einmal geht es um das Versagen der Weltöffentlichkeit, den verfolgten Juden zu helfen, was in der Tat in einer Tragödie endete. Das andere Mal geht es um Freizügigkeit innerhalb des europäischen Binnenmarktes. Es wird nicht der letzte Versuch des Autors bleiben, Äpfel mit Birnen zu vergleichen, wie wir bereits beim nächsten Punkt sehen werden.

So sehr der Vergleich auch hinken mag, die Ouvertüre des Bandes ist dennoch gewaltig: Schengens visionäre Grenzrevolution von „mehr Sicherheit und mehr Freiheit“ solle sich an den Außengrenzen der Europäischen Union wiederholen. Aber auch hier hinkt der Vergleich: Der Verzicht auf Binnengrenzen implizierte niemals den Verzicht auf Außengrenzen. So war das Schengenabkommen als ein Baustein im europäischen Einigungsprozeß ursprünglich nicht gedacht gewesen. Folgen wir den weiteren Stationen der Weltreise.

(2.) Das Kapitel „Unmenschliche Grenzen“ beginnt mit der Seenotrettung im Mittelmeer. Dieser gegenübergestellt werden die schon genannte Grenzpolitik der Schweiz während der Zeit des Nationalsozialismus und die innerdeutsche Grenze. *Knaus* beklagt: „Die europäische Diskussion über Grenzen wird seit Jahren von populären Trugschlüssen bestimmt, von Wahrnehmungen, die oberflächlich plausibel klingen, aber nicht plausibel sind“ (S. 37). Offenkundig meint der Verfasser aber nicht sich selbst. Dabei gehört schon viel Chuzpe dazu, das tödliche Grenzregime der DDR, das die Freizügigkeit der eigenen Bevölkerung unterband, mit dem legitimen Recht eines jeden Staates, die Integrität seines Territoriums zu schützen, in einen Topf zu werfen.

(3.) Nächste Station: das Südchinesische Meer. Schauplatz für die Rettung von mehr als elftausend vietnamesischen Bootsflüchtlingen ab 1979. Das damalige Rettungsschiff „Cap Anamur“ wurde – so *Knaus* – zur „Ahnherrin einer ganzen

Dynastie deutscher Rettungsboote, zum Vorbild und zur Inspiration bis heute“ (S. 107). Der Verfasser plädiert unter Verweis auf die damalige Aufnahme der Bootsflüchtlinge aus Vietnam für Abkommen und großzügige Neuansiedlungen (Resettlement) heute. Als positives Vorbild wird Kanada genannt (wobei *Knaus* den Bruch in Kanadas Einwanderungspolitik unterschlägt, künftig auch Einwanderer aus fremden Kulturkreisen verstärkt aufzunehmen, was für die Integrationspolitik des Landes durchaus Folgen haben dürfte). Der UN-Migrationspakt vom Dezember 2018 versuche, weitere Staaten in die Resettlementpolitik einzubinden.

(4.) Im Folgekapitel geht *Knaus* der Frage nach, warum ein Recht auf Asyl notwendig sei: „Der Sinn von Asylverfahren ist es, verbindliche Kriterien auf Einzelpersonen anzuwenden, um festzustellen, wen man auf *keinen Fall* zurückschicken darf, weil sonst Verfolgung oder ‚ernsthafter Schaden im Herkunftsland‘ [...] drohen“ (S. 129). Die Qualität heutiger Asylverfahren bezeichnet *Knaus* als „Farce“. An dieser Stelle zeigt sich ein politischer Realismus des Verfassers: Er plädiert zur Eindämmung „ungewünschter und aussichtsloser irregulärer Einwanderung in das Asylsystem“ für die Definition sicherer Herkunftsstaaten, schnelle Verfahren und Sperrzeiten bei Arbeitsvisa, wenn ein erfolgloses Asylverfahren vorausgegangen ist. Für Asylanträge vom Westbalkan seien diese Strategien erfolgreich gewesen.

(5.) Schließlich wendet sich *Knaus* dem Brennpunkt der europäischen Migrationskrise zu, der griechischen Ägäis, und erinnert an den von ihm ausgearbeiteten „Merkel-Plan 2.0“ aus dem November 2015, mit dem er zum „Erfinder“ des Flüchtlingsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Türkei werden sollte. Dieses verteidigt *Knaus* gegen Kritik. Die Türkei besitze eine lange Tradition, Schutzaufenthalt zu gewähren und unter Führung des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen Neuansiedlungen zu ermöglichen: „Es sollte darum gehen, das türkische System durch Anreize und Unterstützung zu verbessern, zum Wohl von Schutzbedürftigen“ (S. 199).

(6.) Im Blick auf die Flüchtlinge aus Afrika spricht *Knaus* von „apokalyptischen Migrationsmythen“. Die Zahlen würden dramatisiert, die Unterschiede zwischen legaler Einwanderung und irregulärer Migration ignoriert, ein „Migrationsdruck“ herbeigeredet. Abschiebungen brauche es allerdings durchaus, sie seien die notwendige Kehrseite fairer Asylverfahren. Doch scheiterten Abschiebungen ausreisepflichtiger Migranten in afrikanische Staaten in großer Zahl.

Die Lösung sieht *Knaus* in gegenseitigen Abkommen: Die afrikanischen Staaten verpflichten sich zur sofortigen Rücknahme irregulärer Migranten und erhalten im Gegenzug von den europäischen Ländern Reisefreiheit, Stipendien und Visaerleichterungen im Rahmen legaler Mobilität. Als Beleg dient ihm die auf ähnliche Weise mit der Ukraine ausgehandelte Reisefreiheit. Aufstrebende Staaten in Afrika könnten so gewonnen werden, stärker als bisher eigene Verantwortung für die Flüchtlingskonvention und das Recht auf Asyl zu übernehmen.

(7.) Die Weltreise nähert sich ihrem Ende, das Schiff läuft wieder in den Heimathafen ein. Als Leuchtturm einer humanen Migrationspolitik sollte Europa

dienen – wenn es sich lernbereit zeigt. Die bisher erzielten „europäischen Lösungen“ werden vom Autor sehr skeptisch beurteilt. *Knaus* empfiehlt daher: Die private Seenotrettung im Mittelmeer sollte nicht mehr behindert werden. Eine neue Einigung mit der Türkei würde helfen, faire Asylverfahren in der Ägäis zu sichern; denn diese sollten vorrangig an den Außengrenzen der EU und in den Händen nationaler Behörden geführt werden. Die Zahl abgelehnter Asylanträge könnte gesenkt werden, wenn sich Europa von den Karibikstaaten eine auf gegenseitiger Kooperation fußende Abschiebungsdiplomatie und von Kanada das Modell von Neuansiedlungen durch private Patenschaften abschauen würde. Für Afrika sei eine Art Marshallplan vonnöten. Die Dublin-Verordnung und fehlende Grenzschrützer seien nie Europas Probleme gewesen. Vielmehr schwebt *Knaus* eine Art Koalition der Willigen vor, die unter dem Dach des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen für eine globale Verteilung und humanitäre Mindestversorgung von Flüchtlingen sorgen.

(8.) Welche Erinnerung steht am Ende der langen Reise? Kurz gesagt: die Vision einer „humanitären Supermacht“ Europa. Zum Ende schlägt *Knaus* äußerst hohe Töne an. Statt populistischer Legenden brauche es Geschichten, die Empathie in solidarisches Handeln verwandeln. Empathie bleibe eine begrenzte Ressource, doch habe Deutschland in der Migrationskrise Großes geleistet. Nun gelte es im wohlbegründeten Eigeninteresse, international eine Schlüsselrolle zu übernehmen, wenn es darum gehe, das Asylrecht zu retten und die Würde Schutzbedürftiger zu verteidigen. Europa habe dabei ein starkes Erbe: die unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs entstandenen Genfer Flüchtlingskonventionen von 1951. Nun sollte es „Debatten über Grenzen und Flucht in anderen Weltregionen, von der Afrikanischen Union bis Australien, positiv beeinflussen“ (S. 287).

(9.) Ganz zu Ende ist das Buch mit diesem Appell nicht. Es folgt noch ein Epilog: die eigene Lebensreise des Verfassers. Aus den im ehemaligen Jugoslawien, in Osteuropa und Berlin gesammelten Erfahrungen formuliert *Knaus* seine Vision: „Es gilt nun das Sterben an allen europäischen Grenzen zu beenden. [...] Es gilt eine friedliche Grenzrevolution zu vollenden und ihre Werte zu verteidigen“ (S. 294).

*Knaus* will Grenzen nicht vollständig abschaffen, aber deren Unmenschlichkeit überwinden, durch eine Verbindung von Grenzüberwachung und Empathie. Und der Verfasser zeigt, welche Folgen sich durch internationale Abkommen bei der Steuerung von Migrationsbewegungen erzielen lassen. Darüber läßt sich diskutieren. Gegenseitige Lernerfahrungen sollten in der Politik niemals ausgeschlossen werden. In einer unvoreingenommen geführten Debatte sollte aber auch auffallen, welche Fragen *Knaus* nicht stellt.

*Knaus* schreibt gleich zu Beginn seines Buches: „2019 kamen insgesamt etwa 100.000 Menschen irregulär über das Mittelmeer in die Europäische Union. Das sind im Durchschnitt 280 Menschen am Tag. Sind das zu viele?“ (S. 7). Aus staatsethischer Sicht sollte die Antwort lauten: Ja – und zwar aus einem Grund: Ein irregulärer Zustand ist niemals erstrebenswert (erinnert sei allein an die seit 2015 in Deutschland untergetauchten Migranten, die politisch verschwiegen werden). Wenn sich ein solcher verfestigt, droht die Gefahr, daß staatliche und

völkerrechtliche Institutionen beschädigt werden – auch jene, die der humanitären Krisen- und Nothilfe dienen. Einer humanitären Migrationspolitik darf es nicht allein darum gehen, Migration zu steuern, vielmehr ist diese zu begrenzen. Zu Recht spricht sich *Knaus* für Abschiebungen als notwendiges Mittel der Migrationspolitik aus. Noch besser aber wäre es, die Zahl notwendiger Abschiebungen von vornherein zu verringern, indem Asylverfahren ohne Aussicht auf Erfolg unterbunden werden – zum Wohle derer, die tatsächlich politischer Verfolgung ausgesetzt sind. Stärker als *Knaus* dies tut, bleibt zwischen dem notwendigen „Wohl-Wollen“ und der gebotenen Abwägung gegenüber dem moralisch richtigen „Wohl-Tun“ zu unterscheiden. Denn staatliche Ressourcen sind endlich.

Der Verlag wird wissen, warum der Titel des Buches suggeriert, es gehe bei aktueller Migration vornehmlich um Asyl. Dem Absatz dürfte dies nicht abträglich sein, im Gegenteil. Doch gehört es zu den Grundprinzipien der Gerechtigkeit, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Dies setzt migrationsethisch den Willen zur Unterscheidung voraus: zwischen politisch Verfolgten, die ein Recht auf Asyl haben; Bürgerkriegsflüchtlingen, für die temporäre Aufenthaltstitel gelten; Wirtschaftsmigranten, die unter die übliche Ausländergesetzgebung fallen; Arbeitnehmerern mit dem Anspruch auf vertraglich vereinbarte Freizügigkeit oder kriminellen Grenzverletzern.

Ein humanes Grenzregime setzt den politischen Willen voraus, zwischen unterschiedlichen Formen der Migration zu differenzieren. Staaten haben das Recht, mit robusten Mitteln gegen irreguläre Migration vorzugehen. Der weitgehende Verzicht auf Binnengrenzen im Schengenraum hat dieses Recht keineswegs aufgehoben, sondern dessen Wahrnehmung an die europäischen Außengrenzen verlagert. Man könnte sich die hypothetische Frage stellen, wie die Migrationsdebatte seit dem Sommer 2015 in Deutschland verlaufen wäre, wenn sich Szenen wie auf Lampedusa oder in der Ägäis unmittelbar an der deutschen Grenze abgespielt hätten. Der Schengenprozeß hat im öffentlichen Diskurs hierzulande dazu beigetragen, das Thema Grenzsicherung abstrakt erscheinen zu lassen und leichter verdrängen zu können.

Daß die europäischen Staaten bei der Grenzsicherung im Mittelmeerraum nicht entschiedener und robuster, möglicherweise auch mit militärischen Mitteln, durchgreifen, hat auch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu tun, die unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe deutlich weitergehende Ziele verfolgen. Zu deren prominentesten Unterstützern hierzulande zählt auch die evangelische Kirche, die auf diese Weise selbst auf äußerst problematische Weise zum politischen Akteur wird. Seenotrettung zählt zu den uralten rechtlichen und moralischen Pflichten der menschlichen Gemeinschaft. Diese Verpflichtung wird allerdings, etwa im Mittelmeerraum, gegenwärtig massenhaft und skrupellos durch organisierte Kriminalität ausgenutzt. Wer von diesem schmutzigen Geschäft profitiert, wird auch in diesem Buch nicht gefragt.

Die zivilen Seenotretter verschließen hiervor die Augen. Ihr Tun erreicht vor allem jene, die es sich vorab leisten konnten, die hohen Schlepperkosten nach Europa zu bezahlen. Ihnen geht es nicht allein um Nothilfe aus unmittelbarer

Lebensgefahr. Vielmehr wird suggeriert, es gebe so etwas wie ein Recht auf Migration. Da dies völkerrechtlich mitnichten der Fall ist, wird moralisch Druck aufgebaut, der in weiten Teilen der öffentlichen Debatte durchaus verfängt. Der Karl-Küpper-Preis 2020 des Festkomitees Kölner Karneval für die Klimaaktivistin und Kapitänin *Carola Rackete* ist nur ein Beispiel. Gerade deren Verhalten im Sommer 2019 zeigt, daß die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Mittelmeer aktiv sind, keinesfalls so friedlich und „zivil“ vorgehen, wie sie gern vorgeben. Wenn etwa italienische Behörden dagegen im Rahmen des staatlichen Gewaltmonopols einschreiten, ist die öffentliche Empörung hierzulande jedoch groß.

*Knaus* bleibt gegenüber der Seenotrettung im Mittelmeer uneindeutig. Daß die Aktivitäten der verschiedenen Nichtregierungsorganisationen im Bereich Seenotrettung gewichtige Pulleffekte besitzen, wird von ihm als populistische Behauptung verneint (was mit dem mittlerweile allgemein akzeptierten Bläh- und Schmähwort „Populismus“ konkret gemeint ist, vermag auch *Knaus* nicht zu definieren). Unterschlagen wird von ihm dabei, wie staatliches Handeln die Umsetzung bestehenden Völkerrechts auf diese Weise unterlaufen wird.

### Staatliches Gewaltmonopol und Souveränität

Anders als im moralisierenden öffentlichen Diskurs vielfach zu beobachten, ist der Autor allerdings gleichfalls der Überzeugung, daß mehr Seenotretter im Mittelmeerraum keinesfalls die notwendige Lösung seien. So weit, so gut. Was bei *Knaus* allerdings fehlt, ist ein klares Bekenntnis zum Recht des Staates, die Integrität seines Territoriums, wenn notwendig, auch mit militärischen Mitteln zu sichern. Das staatliche Gewaltmonopol ist nicht Ausdruck inhumaner Grenzen, sondern notwendige Voraussetzung humanitärer Nothilfe.

Wo das Asylrecht zum Einfallstor für unregelmäßige Migration wird oder sogar durch Organisierte Kriminalität mißbraucht wird, droht dieses auf Dauer irreparabel beschädigt zu werden. Auf eine solche Situation steuert Europa durchaus zu, wenn es den politisch Verantwortlichen nicht gelingt, Pullfaktoren abzustellen und den Migrationsdruck auf die europäischen Außengrenzen signifikant zu verringern. Ja, es kann bittere Situationen geben, in denen die internationale Gemeinschaft herausgefordert ist, möglicherweise sogar massenhaft Asyl zu gewähren.

Solche humanitären Ausnahmesituationen können in der Tat tragödienhafte Ausmaße annehmen. *Knaus* verweist zu Recht auf die Situation an der Schweizer Grenze während der Zeit des Nationalsozialismus und der organisierten Judenverfolgung (keineswegs sollte aber übersehen werden, daß die Schweiz aus damaliger Sicht durchaus Sorge um den Schutz ihrer Neutralität und damit der eigenen staatlichen Integrität haben durfte; alles andere käme schnell einer Besserwisserei der Nachgeborenen gleich): eine Situation, die das Handeln eines Staates überfordert und ein entschiedenes Handeln der internationalen Gemeinschaft verlangt.

Man kann aus guten Gründen der Ansicht sein, daß die internationale Staatenwelt damals versagt hat. Und die Gründung der Vereinten Nationen kann sicher als eine Antwort auf diesen Umstand gelesen werden. Wir sollten uns aber nicht so sicher sein, daß eine Antwort auf eine ähnliche Situation mitten in Europa heute besser ausfiele (erinnern wir uns nur an die Unentschiedenheit der Europäer bei den Kriegen in Exjugoslawien oder aktuell gegenüber dem Konflikt in Bergkarabach und der drohenden Vernichtung einer alten christlichen Kultur).

Ob das Asylrecht in dramatischen Ausnahmesituationen standhält, ist keineswegs so sicher, und wir sollten uns hüten, vorschnelle historische Vergleiche zu ziehen, wie *Knaus* dies in seinem Buch tut. In jedem Fall sollte die Kraft des Asylrechts nicht dadurch verspielt werden, daß der menschen- und völkerrechtliche Ausnahmestand quasi permanent behauptet wird und die Fundamente der Staatlichkeit durch moralisierenden Dauerdruck unterhöhlt werden.

*Knaus* traut dem Völkerrecht und der Diplomatie eine Menge zu. Man möchte seinen Optimismus teilen. Aber eines sollte stutzig machen: Beides hat seine Grundlage in der Handlungsfähigkeit souveräner Staaten.

Die Katholische Soziallehre hat immer daran festgehalten, daß die Idee nationalstaatlicher Souveränität keinesfalls dem Universalitätsanspruch des christlichen Glaubens und seiner ethischen Prinzipien zuwiderlaufe: „Diesbezüglich müssen wir uns vor Augen halten, daß die Staatsgewalt ihrer Natur nach nicht dazu eingesetzt ist, die Menschen in die Grenzen der jeweiligen politischen Gemeinschaft einzuzwängen, sondern vor allem für das Gemeinwohl des Staates zu sorgen, das von dem der ganzen Menschheitsfamilie gewiß nicht getrennt werden kann.“ – so *Johannes XXIII*. In seiner Enzyklika „*Pacem in terris*“ (Nr. 54).

Wenn neuere sozialetische Stimmen anderes behaupten, stellt dies einen Bruch mit der bisherigen Tradition katholischer Staatsethik dar. Die nationale Souveränität ist keinesfalls absolut, aber sie bleibt die unverzichtbare Grundlage einer auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegründeten internationalen Ordnung, wie das „*Kompendium der Soziallehre der Kirche*“ (Nr. 435) erklärt: „Das Lehramt erkennt die Wichtigkeit der nationalen Souveränität an, die vor allem als Ausdruck jener Freiheit begriffen wird, die die Beziehungen zwischen den Staaten regulieren muß. Die Souveränität steht für die politische, wirtschaftliche, soziale und auch kulturelle Subjektivität einer Nation.“

Nicht unterschätzt werden sollte die Bedeutung der kulturellen Dimension unseres gemeinsamen Zusammenlebens für eine sichere und stabile politische Ordnung: Diese „ist als Basis für den Widerstand gegen Akte der Aggression oder gegen Herrschaftsformen, die die Freiheit eines Landes einschränken, von besonderer Bedeutung: Die Kultur stellt eine Garantie dafür dar, daß die Identität eines Volkes bewahrt bleibt, indem sie seine geistige Unabhängigkeit zum Ausdruck bringt und stärkt“ (ebd.). Aus diesem Grund ist es keinesfalls belanglos, wie sich das Staatsvolk zusammensetzt. Von staatlicher Souveränität zu sprechen, setzt nach herrschender Auffassung ein gesichertes Staatsgebiet, ein klar umschriebenes Staatsvolk und eine handlungsfähige Staatsgewalt voraus. Wo

diese Kennzeichen staatlicher Hoheit nicht mehr verteidigt werden, werden auch internationale Abkommen auf Dauer nicht halten.

In diesem Zusammenhang ist auch stärker, als *Knaus* dies tut, auf bestehende Pflichten gegenüber dem Staat zu verweisen. Auch wenn es keine unmittelbare Bindung der Menschenrechte an Menschenpflichten geben kann, finden sich transsubjektive Pflichten gegenüber der staatlichen Gemeinschaft gleichfalls am Ende der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Der betreffende vorletzte Artikel wird selten zitiert, besitzt aber für das Funktionieren staatlicher Gemeinschaft und letztlich auch einer funktionsfähigen internationalen Ordnung einen hohen ethischen Gehalt.

*Gerald Knaus* ist ein vielgefragter politischer Berater. *Winfried Kretschmann*, *Armin Laschet* oder *Annegret Kramp-Karrenbauer*, aber auch die Führung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zählen zu denen, die seinen Rat gesucht haben. Wie seine Biographie zeigt, gehört der Autor jener globalisierten Elite an, die scheinbar überall zu Hause ist: Oxford, Brüssel, Bologna, Berlin – und USA. Wer die Welt nur von diesen Orten her kennt, für den mögen Grenzen an Bedeutung verloren haben. Doch lebt das Lebensgefühl, das *Knaus* und seinesgleichen sich leisten können, weiterhin in hohem Maße von Voraussetzungen partikularer Staatlichkeit, für deren Bestand sie allerdings wenig Verständnis aufbringen.

Ohne einen handlungsfähigen Rechtsstaat, einen leistungsfähigen Sozialstaat und einen soliden Kulturstaat würde die propagierte Freizügigkeit schnell zu politischen, sozialen und kulturellen Verteilungskämpfen führen. Die Grundlagen eines stabilen Staates sind kein fester Besitzstand, sie müssen immer wieder neu verteidigt und auf Dauer gestellt werden. Und ohne den festen Willen, diese Grundlagen zu verteidigen, hätte eine „humanitäre Supermacht“ keine lange Zukunft.

*Axel Bernd Kunze (PD, Dr. theol., Dipl.-Päd.), promovierter Sozialethiker und habilitierter Erziehungswissenschaftler, ist als Schulleiter tätig. Er lehrt als Privatdozent an der Universität Bonn. Daneben hält er Lehraufträge für Ethik der Sozialen Arbeit an der Katholischen Stiftungshochschule München und der DIPLOMA Hochschule sowie für Kindheitspädagogik an der Evangelischen Hochschule Freiburg.*